

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 6.30 Bielefelder, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 377.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einseitige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig. Reklame 30 Pf. Beilagen unter 25 a je tausend 15 Pf. Schluß der Anzeigen-Nachnahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 377.

Nr. 195.

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Donnerstag, den 21. August 1930.

12. Jahrgang.

Freiheit sei der Zweck des Zwanges,
Wie man eine Rede bindet,
Daß sie, statt im Staub zu kriechen,
Froh sich in die Lüfte windet.

Jr. W. Weber.

Umschau.

Die schwärende Ostgrenze. — Das unhaltbare Tributsystem. — Italienisch-russisches Handelsabkommen. — Der Kurdenaufstand.

Die bekannte Rede des Reichsministers Treviranus über die notwendige Revision der unhaltbaren deutsch-polnischen Grenzverhältnisse hat weite Kreise gezogen. Und wenn wir den Sinn besagter Rede richtig verstanden haben, dann lag diese Folgerwirkung auch ganz in der Absicht des Herrn Treviranus. Die Korridorfrage ist mit einem Male akut geworden! Nicht nur in Deutschland, nicht nur in Polen und Frankreich, sondern auch in den übrigen Staaten der Welt bildet zur Zeit die deutsche Ostfrage das Thema unzähliger Zeitartikel und mancher politischen Auseinandersetzung. Daß die Treviranus-Rede den Polen, den Franzosen und gewissen deutschen Linkskreisen auf die Nerven gefallen ist, kann nicht verwundern. Aber sonst in der Welt — vorwiegend in Italien, in England, Amerika und Skandinavien — regen sich die Stimmen der Vernunft. So schreibt z. B. die englische „Daily News and Chronicle“:

„Es ist kein Unglück, daß wir gelegentlich daran erinnert werden, daß die Frage der deutschen Ostgrenze Möglichkeiten in sich birgt, die in der nächsten Generation vielleicht die europäische Politik maßgebend beeinflussen werden. Sie sind das Haupthindernis für Briand's Pan-europa-Plan. Niemand, der auf der Landkarte sieht, wie der polnische Korridor Ostpreußen von dem übrigen Deutschland abschneidet, oder der sich der Begleitumstände der oberschlesischen Volksabstimmung erinnert, kann ernstlich glauben, daß diese Grenzen in sich selbst Stabilität besitzen.“

Und selbst ein Franzose — der mit den Ostfragen besonders vertraute Professor René Martel von der Pariser Sorbonne — schreibt in seinem Buche „Die deutschen Ostgrenzen“, daß nicht nur aus Volkszugehörigkeits- und geschichtlichen Gründen, sondern auch aus wirtschaftlichen und kulturellen Erwägungen heraus das deutsch-polnische Grenzproblem „zwingend zugunsten Deutschlands“ spräche.

„Nicht nur der Korridor“, schreibt Professor Martel, „sondern auch Oberschlesien gehört Deutschland und nur Deutschland allein! Die heutigen Ostgrenzen sind unhaltbar für Deutschland ebenso wie für Polen. Heute kann Europa den Frieden noch retten, wenn es das begangene Unrecht wieder gutmacht. Morgen ist es vielleicht zu spät!“

Polen aber tut aufs äußerste empört, läßt amtlich erklären, daß „alle Ansprüche Deutschlands bezüglich der Grenzregulierung immer dem unwiderruflichen Widerspruch des gesamten polnischen Volkes begegnen würden, und daß alle Erwartungen auf die friedliche Revision der polnischen Grenze als Beweis des bösen Willens betrachtet werden müßten“, droht mit dem Boykott deutscher Waren und — was für die Mentalität Polens besonders kennzeichnend ist — schreckt nicht davor zurück, die schärfsten Terrormaßnahmen gegen die gequälte, wehrlose deutsche Minderheit in Polen anzukündigen.

Ganz in demselben Sinne heßt natürlich auch Poincaré gegen Deutschland, der mit den unhaltbarsten und wahrheitswidrigsten Argumenten die „Seitigkeit der Verträge“ zu verteidigen sucht, was aber nicht hindert, daß diese „Verträge“ auch im Auslande immer mehr als Zeugnisse eines blind zerstörenden Hasses empfunden werden, die dringend einer Revision bedürfen, wenn Europa an ihnen nicht zugrunde gehen soll. Deutschland handelt nicht nur im nationalen, sondern auch im Interesse Europas, wenn es mit allen Mitteln dafür sorgt, daß die positive Kritik an den Friedensdiktaten draußen in der Welt immer weiteren Boden gewinnt, und daß — in Verbindung mit dem Kampf gegen die Kriegsschuldfrage — mit der Zeit eine internationale Rechtsatmosphäre geschaffen wird, in welcher Verhältnisse, wie die bestehenden, nicht mehr denkbar sind.

Wie bitter die Wirkungen des Versailler Diktates und der Nachverträge auch in wirtschaftlicher Beziehung, zumal von England, empfunden werden, geht mit erfreulicher Deutlichkeit aus dem bekannten Bericht der „Vereinigung der britischen Elektroindustriellen“ hervor, die das System der maßlosen Kriegskontingente ganz offen als „wirtschaftlichen Wahnsinn“ bezeichnen. Unter dem Druck

der gewaltigen Arbeitslosigkeit, die in England genau so beängstigend steigt wie in Deutschland, in Amerika und sonst in der Welt (mit Ausnahme des unterbevölkerten und übermilitarisierten Frankreich), ringt sich allmählich die Erkenntnis Bahn, daß die deutschen Tribute ohne eine entsprechende Steigerung der deutschen Einfuhr, d. h. ohne eine Verschärfung der deutschen Konkurrenz auf dem Weltmarkt nicht geleistet werden können. Auch der inzwischen eingetretene Rückgang der deutschen Einfuhr, der nicht allein durch die sinkende deutsche Kaufkraft (Arbeitslosigkeit = Ausfall von Lohn und Gehältern), sondern vor allem auch durch die notwendige Devisenbeschaffung für die Tributzahlungen bedingt ist, bedeutet für die ausländischen Lieferfirmen einen schmerzlichen Geschäftsausfall, für den sie sich bei den Urhebern des Versailler Diktates und der Tributverträge bedanken können.

Während man nun in England mit allen möglichen Palliativmitteln — u. a. Kürzung der Arbeitslosen-Unterstützungssätze — das wirrende Gespenst der Arbeitslosigkeit zu bannen sucht, geht Italien mit anerkannter Energie ans Werk, um mit einem großzügigen Arbeitsbeschaffungs-Programm der auch dort drohenden katastrophalen Verschärfung des Arbeitslosenproblems rechtzeitig zu begegnen. Gleichzeitig hat Rom mit England einen weitherzigen Handelsvertrag abgeschlossen, um einen erhöhten Absatz seiner Erzeugnisse sicherzustellen. Für den Abschluß dieses russisch-italienischen Handelsvertrages war die weltpolitische und die weltwirtschaftliche Konstellation durchaus günstig, da einerseits die russisch-englischen Beziehungen noch immer sehr zu wünschen übrig lassen, und da andererseits der vorübergehende amerikanische Boykott gegen gewisse russische Ausfuhrwaren das Verhältnis zwischen Moskau und den Vereinigten Staaten erheblich getrübt hat.

Der Abschluß des russisch-italienischen Handelsabkommens hat weithin in der Welt lebhaftes Aufsehen erregt, da man auch die politische Seite dieses Abkommens durchaus zu würdigen weiß. Die freundschaftlichen Beziehungen zwischen Italien und der Türkei sind bekannt, wie andererseits auch das gute Einvernehmen zwischen Angora und Moskau kein Geheimnis ist. Mussolini, der die wachsende weltpolitische Bedeutung der Ostvölker voll und ganz begriffen hat, weiß natürlich den Wert eines mit Italien sympathisierenden Ostblockes durchaus zu schätzen. Nun bestanden aber schon seit Jahren sehr positive Ansätze zu einem solchen Ostblock, der sich aus der Türkei, aus Persien und Afghanistan zusammensetzte. Die wirtschaftlichen und machtpolitischen Emanzipationsversuche Afghanistans hat England mit der — zweifellos auf englische Machenschaften zurückzuführenden — Verdrängung Amanullahs fürs erste im Keime erstickt. Um nun aber auch die Beziehungen zwischen der Türkei und Persien zu stören, kam den Engländern der Kurdenaufstand sehr gelegen, der ja — wenigstens scheinbar — die englischen Zeitungen so — den Ausbruch eines türkisch-persischen Krieges in bedrohliche Nähe rückte. Wie man hört, sind die Kurden mit englischen Gewehren, mit englischer Munition und mit englischen Maschinengewehren ausgerüstet. Aber es bedürfte dieses Umstandes nicht, um die Ziele, die England im Arrarat-Gebiet verfolgt, zu verdeutlichen. Denn England hat schon vor Jahren die Schaffung eines selbständigen Kurden-Staates gefordert, der im Sinne Albions als Pufferstaat zwischen der Türkei, Persien und Rußland gedacht ist. Hiermit will England nicht nur die ungeheure machtpolitische Bedeutung eines türkisch-persischen Zusammenschlusses an einem äußerst wichtigen geopolitischen Punkte abschwächen, sondern es will sich zugleich auch eine ungestörte Herrschaft über das Mossul-Öl und über die nordpersischen Petroleumfelder sichern. Dieses — typisch englische — Vorhaben ist seinerzeit auf der Konferenz von Sévres gescheitert. Aber schon im Jahre 1925 machte England gelegentlich des damaligen Kurdenaufstandes einen neuen Vorstoß in gleicher Richtung — und zwar in Genf. Jedoch auch dieser Vorstoß war erfolglos, ohne daß aber England nun endgültig auf die Schaffung eines selbständigen Kurdenstaates verzichtet hätte. Wir glauben vielmehr nicht fehlzugehen, wenn wir in den englischen Waffen der aufständischen Kurden nicht nur eine britische Geschäftsangelegenheit, sondern auch einen eminent machtpolitischen Schachzug Albions wittern. Der Zeitpunkt, den sich England für diesen seinen abermaligen Vorstoß gegen den türkisch-persischen Grenzkomplex ausgesucht hat, ist nicht ungegünstig gewählt; denn auch Frankreich käme angesichts der freundschaftlichen Beziehungen zwischen Angora und Rom eine Schwächung der Türkei, auf deren Kosten die von England erstrebte Schaffung eines selbständigen Kurdenstaates wohl in erster Linie ginge, durchaus nicht

ungelegen. Hätte daher Persien den Kampf der Türkei gegen die aufständischen Kurden, den die englische Presse zu einer rein türkisch-persischen Grenzangelegenheit umzuwandeln suchte, vor den Völkerbund gebracht, dann wäre die Kurdenfrage von England ganz zweifellos abermals auf das alte Gleis geschoben worden und nunmehr — da sich die Interessen Englands und Frankreichs in diesem Falle unter den gegenwärtigen weltpolitischen Verhältnissen decken — sicherlich zugunsten Englands entschieden worden. Persien konnte also nichts Besseres tun als das, was es getan hat: nämlich auch seinerseits gegen die aufständischen kurdischen Grenzstämme und nicht gegen die Türkei zu marschieren oder gar den Völkerbund anzurufen, der nicht Persiens, sondern Englands Sache zum Siege verholten hätte.

Jedenfalls ersehen wir auch aus diesen Vorgängen, daß die Zeit vorbei ist, wo Goethe in unbeschwerter Beschaulichkeit sagen konnte:

„Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen
Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei:
Wenn hinten, weit, in der Türkei,
Die Völker aufeinander schlagen.“

Auch der Kurdenaufstand, der weithin als ein völlig nebenfälliges Ereignis behandelt und vielfach nur der Vollständigkeit halber in den politischen Betrachtungen registriert wird, führt uns mitten hinein in die großen weltpolitischen Auseinandersetzungen, wie sie seit dem Fiasko der Londoner Flottenkonferenz besonders lebhaft im Gange sind. Daß auch die deutsche Außenpolitik diesen Vorgängen nicht ganz untätig gegenüber steht, ist unser Wunsch, — daß ihre Entschlüsse und Entscheidungen dem deutschen Volke zum Segen gereichen, unsere Hoffnung!

Nachträgliches zur Verfassungsfeier.

Bei der diesjährigen Verfassungsfeier der Reichsregierung bemerkte man auf einer der Tribünen im Reichstag etwa 25 Primaner und Primanerinnen, die von verschiedenen Reichsteilen nach Berlin gekommen und von der Reichsregierung zur Feier im Reichstag eingeladen worden waren. Ein Zeichen, wie sehr ihr daran gelegen ist, der deutschen Jugend und den politischen Köpfen in ihr freien Raum zu geben. In seiner für die Verfassung gegen eine Diktatur eintretenden Rede beschwor dann auch Reichsminister Dr. Wirth die anwesende deutsche Jugend, sich doch nicht abseits zu stellen, wenn sie etwa glaube, daß das politische Antlitz der deutschen Volksvertretung keine verwandten und liebwerten Züge aufzuweisen scheine. Es sei für ihn ein geradezu unnatürlicher Vorgang, daß die politische Jugend heute vielfach nach der Diktatur rufe. Durch eine Diktatur müsse sich der politische Mensch im Innersten bedroht fühlen. Das Gebäude der deutschen Demokratie sei doch für alle da, hätte Raum für alle, die eines guten Willens seien. Und wo die Eingangstore noch verschlossen scheinen oder allzu schwer beweglich, da könne nachgeholfen werden. Aber die deutsche Jugend müsse dabei sein, denn es sei höchste Zeit, daß wir endlich ein Volk, und politisches Volk werden.

Dr. Wirth hat offenbar an der deutschen Jugend, die er zur Mitarbeit aufruft, einiges noch nicht begriffen: Die Jugend will nicht die Diktatur als solche, aber sie will lieber Diktatur als Unfähigkeit. Die Jugend ist auch nicht radikal, sie ist nur nicht unterwürfig. Die Jugend fühlt sich auch nicht von der politischen Arbeit im System zurückgewiesen. Sie dankt aber für das heutige praktische System. Kurz: die Jugend wünscht nicht, sich selber untreu zu werden, nicht um der Verfassungstreue um jeden Preis sich selber untreu zu werden.

Wie sehr die deutsche Jugend das herrschende System perhorresziert, kann Dr. Wirth der „Vossischen Zeitung“ entnehmen, in der kürzlich eine Stimme aus der Jugend wie folgt sich hat vernehmen lassen: „Man wird von uns vielerlei nicht erwarten dürfen, vor allem keine Untertänigkeit, vor allem nicht die bona fides eines biedereren Untertanen, vor allem nicht, daß wir den abgeschmackten Rummel dieses sogenannten Regierens mitmachen. . . Dieser Staat gibt immer neue Parolen aus und wenn es dir gut gehen soll, so brauchst du nur das Gegenteil zu tun. . . Wo wir ihn kennen lernten, ist der Staat ein Unheilbringer gewesen. . . der Staat als Straßenräuber, und seither wird uns ein politisches Harlekinstheater vorgespielt, von dem sich die deutsche Jugend mit Abscheu und Ekel abwendet. . . Dieser deutsche Staat, den wir als Vaterland empfinden und sogar lieben sollen, treibt nur die schädlichste Tagespolitik. . . Solche Art von Reichstag und seinen Regierungen hin-

bern den Staat, ein Vaterland zu werden, er ist alles andere, nur kein Vaterland."

Das ist deutlich. Sehr deutlich sogar. Hat es denn Sinn, angesichts einer solchen Bilanz, unentwegt formalistisch auf den „Staat“ zu starren? Und um den Wirt war nur noch größer zu machen, gründet man ausgerechnet in dieser Zeitlage, um diesen Staat zu retten, noch eine „Staatspartei“! Der Reichsminister mag sich und uns in seiner Verfassungsrede noch so eindringlich vorreden, daß wir einen Staat haben, der sich vor 11 Jahren eine Verfassung gegeben hat. Aus dem Lande schallt es zurück, daß wir ein Volk geworden sind, das außer aller Verfassung ist.

Nicht um die Frage handelt es sich jetzt, nachdem der Reichstag aufgelöst und Neuwahlen ausgeschrieben worden sind: Wie stehen wir zum Staat? Sondern: Wie stehen wir zu diesem Staat, in welchem die Futterkrippenpolitik eine so große Rolle gespielt hat und der Marxismus wie auch Kom durch die Befestigung der wichtigsten Verwaltungstellen den Staat in die Hand bekommen haben. Es ist einfach nicht wahr, daß in diesem Staat Raum für alle da, alle, die guten Willens sind. Mit einer Politik der Möglichkeit soll uns gebietet sein, wo doch alles auf dem Spiele steht? Die Parteien, die sich heute mit dem Möglichen begnügen, kurieren nur an Symptomen herum, ohne dem Uebel an die Wurzel zu greifen und erwerben sich dadurch lediglich die Teilhaberschaft an dem unvermeidlichen Zusammenbruch.

Ein grelles Licht auf die „Futterkrippenpolitik“ des herrschenden Staates wirft das jüngst an den Parteivorstand der SPD in Berlin gerichtete Schreiben des langjährigen, sozialdemokratischen Landrates des Kreises Hannover-Linden, Dr. Robert Scholz, in welchem dieser der Partei seinen Austritt erklärt. Er hatte festgestellt, daß sein Amtsvorgänger, der frühere sozialdemokratische Minister Krüger, schuld an einer wenig erfreulichen Korruptionsaffäre im Kreise gewesen war. Dafür ist Dr. Scholz vom Staatsministerium, auf Grund eines Berichtes des Herrn Grzesinski (!) zur Disposition gestellt worden. Aus dem Schreiben hier nur einige Sätze:

Als ich vor 11 Jahren in jugendlicher Begeisterung in die Partei eintrat, lodeten mich die programmatischen Ideale der SPD, als der Partei der Armen und der Unterdrückten. Heute erkenne ich, daß nicht Ideale, sondern ein krasser Egoismus, Materialismus und Parteifanatismus, fremd jeder Sachlichkeit und Uneigennützigkeit den Parteikörper wie ein böser Geist beherrscht. Dieser große, aufgedunsene Körper mit seinen fetten Organen richtet, befehen von unerfüllbaren Wahnideen, Volk und Staat tyrannenhaft zugrunde. ... Zwischen Parteiprogramm und Parteileben, zwischen Parteitheorie und Parteipraxis klaffen ungeheure Risse. Die Parteiskandale jagen sich, die Partei der Armen und Unterdrückten schleicht wie ein unerfülllicher Trache das Volksgut in seine Föhle. Nein, die Partei ist krank, sterbenskrank, trotz ihres Volumens und muß zugrunde gehen, damit das deutsche Volk neu leben kann."

„Die Partei ist krank, sterbenskrank“, so ein ehrlicher und langjähriger Genosse der SPD. Und von dieser Partei, die, wie der Eiseleberer Prozeß gezeigt hat (Fall Winkler, der seinen Bildungsgang in der sozialdemokratischen Partei vor Gericht selber als den „Verdegang des Volkes“ bezeichnet hat (!)) nachgewiesenermaßen ihren Parteimitgliedern einschärft, die Partei dürfe unter keinen Umständen Schaden leiden, von dieser Partei kann und will sich das herrschende System nicht trennen! Kann man es da einem Mann wie Eugenberg

verdenken, wenn er von dieser Partei, die „zugrunde gehen muß, damit das deutsche Volk leben kann“, sich abwendet und sie aufs schärfste bekämpft? Sein und seiner Getreuen unbedingter Kampfeswille leistet allein uns Bürgschaft, daß unser verhehtes und betrogenes Volk nach 11 Jahren Unzulänglichkeit einmal wieder in bessere Verfassung kommen wird.

J. G.

„Ueberparteilichkeit“.

(Zu Nr. 185.)

Grundfänglich ist der Forderung nach Ueberparteilichkeit der Kirche zuzustimmen. Die Kirche hat vor allen Dingen das „Amt des Wortes“. Dieses Amt verpflichtet gleichermaßen nach allen Seiten hin. Solche allseitige Verpflichtung macht es unmöglich, daß die Kirche sich für eine „politische Richtung“ einsetzt. Wohl aber hat die Kirche eben um ihres Amtes willen die gegenseitige Verpflichtung, nach ganz bestimmten Seiten hin mit „ihrem“ Schwert überall da einzugreifen, wo dem Christentum feindliche Mächte auftreten. Darüber hinaus ist die Kirche, wiederum um ihres Amtes willen, zur Abwehr verpflichtet, wo der göttlichen Weltordnung zuwiderlaufende Mächte sich auf den übrigen Gebieten des Staatslebens offenbaren, etwa im Wirtschaftsleben. Aber auch diesen Kampf soll die Kirche nicht als politische Partei führen, sondern völlig ohne Bindung an eine Partei, nicht mit dem Mittel eines politischen Wahlkampfes, sondern auch hier nur mit dem ihr anvertrauten Schwert.

Wären das die Gedanken des Artikels unter „Ueberparteilichkeit“ in Nr. 185 gewesen, so hätte ich dazu nicht Stellung genommen. Nun sind diese Gedanken aber so eng mit dem „Christl.-sozialen Volksdienst“ verknüpft worden, daß sie teils der Ergänzung, teils der Berichtigung bedürfen, soweit sie den „Volksdienst“ angehen.

Bisher ist es doch wohl so gewesen, daß die evangelische Kirche in ihren Vertretern und weithin in ihren ernstesten Gliedern der DVP. recht nahe stand. Das geschah vielleicht aus dem Grunde, weil in dieser Partei wirklich entschiedene Christen zu finden waren und die Partei als solche, sonderlich in Wahlperioden, betonte, daß sie die rein christlichen Belange vertritt. Meines Wissens ist damals nie auf die Gefahr für die Volkskirche hingewiesen. Diese Warnung ist erst recht laut geworden, seitdem der „Christl.-soziale Volksdienst“ den christlichen Öffentlichkeitswillen betont und in erschreckendem Tempo seinen Weg findet. Warum das? Ist das überall Befürchtung um den Bestand der Volkskirche, oder ist es auch denkbar, daß sich mitteilnehmend eine Befürchtung um den Bestand bisheriger politischer Parteien?

Herr Dr. Wagner scheint zu seiner Befürchtung aus einer falschen Blickrichtung zu kommen. In seinem Artikel erweckt er durchaus den Eindruck, als ob er den Volksdienst als den „Öffentlichkeitswillen der Kirche“ erblickte. Das ist allerdings ein verhängnisvoller Irrtum! Er ist der Öffentlichkeitswille der Christen, nicht der Kirche. Darum fragt er auch nicht: kirchlich oder freikirchlich. In dieser politischen Bewegung stehen Schüler an Schulter die Kirchlichen und Freikirchlichen. Hier reichen sich die, die sich in dem Bekenntnis zu dem Gekreuzigten und Auferstandenen einig sind, als Brüder die Hand. Ihr christliches Gewissen ließ ihnen keine Ruhe mehr. Nur allzu lange hat die evangelische Christenheit so getan, als ob sie von Gott keinen Auftrag für das öffentliche Leben hätte! Nur allzu lange hat sie sich

mit den Versprechungen der politischen Parteien abgefunden. Hunderttausende gingen ihren Weg mit verletztem Gewissen. So ist der „Christl.-soz. Volksdienst“ durchaus keine kirchlich-politische Partei, er ist vielmehr das für den Dienst in der Öffentlichkeit erwachende Gewissen der evangelischen Christenheit und als solches der Wille zur Tat.

Wenn Herr Dr. Wagner meint, der Volksdienst könnte sich deswegen noch nicht überparteilich nennen, weil er für „aufrichtige und anständige Gesinnung auch dem Gegner gegenüber“ eintritt, so hat er damit völlig recht. Das aber braucht gar nicht betont zu werden. Das ist für die Volksdienstleute etwas ganz Selbstverständliches. Ihr ganzes Auftreten soll schon Zeugnis sein. Der Volksdienst ist dankbar, wenn er in diesem Stück etwas leisten durfte. Wer aber das „Wesen des Volksdienstes“ in solcher „symbolischer Bedeutung“ erkennen, darin seine Sendung sehen wollte, der hat das Wesen dieser Bewegung überhaupt noch nicht erkannt.

Er ist tatsächlich etwas „Radikal-Neues“. Bisher war es so, daß Wähler und politische Parteien von rein wirtschaftlichen Fragen aus aktiv geworden sind. Parteien und Wähler spielten sich von hier aus immer völliger aufeinander ein. Die Bindungen durch wirtschaftliche Gesichtspunkte wurden immer stärker. Die Bindung an Gott und seine Ordnung bei der Ordnung dieser äußeren wirtschaftlichen, diesseitigen Dinge wurde immer lockerer, hörte meistens ganz auf.

Durch diese Entwicklung wurde in diesen Dingen auch der Weg bis zu Ende gegangen, der in dem Wort liegt: „Der Mensch wollte sein wie Gott.“ In dieser Verleiblichung des Menschen war nun gegeben, daß sie auch tatsächlich selber dann die Dinge ordnen sollten und — siehe da — sie konnten es nicht. Aus ihrem Vornehmen kam nicht Entwürfung, sondern Verwirrung, nicht Beglückung der Menschen, sondern Verelendung. Auf das „Rasset uns einen Turm bauen“ auf Seiten der Menschen ist wieder einmal erfolgt das göttliche: „Wohlan, wir wollen zunichte machen!“ Hier liegt die Botschaft des „Christl.-sozialen Volksdienstes“, zugleich der Dienst, den er unserem Volk zu leisten hat, von diesen Antriebskräften aus sich mitten zwischen alle Parteien zu stellen und nach allen Seiten hin, in allen wirtschaftlichen Fragen den Willen Gottes zu offenbaren. Das ist keine weltfremde und unnützerne Art, sondern das ist „die“ Nüchternheit, frei von dem Rausch der Menschenvergötterung jeglicher Art, der Ueberhöhung menschlichen Könnens. In treuester und fleißigster Arbeit an den brutalen Fragen der Gegenwart können wir nur helfen, wenn wir uns am göttlichen Willen orientieren und ihm gehoramen.

Deshalb muß der Volksdienst auch nach allen Seiten hin völlig frei und ungebunden bleiben. Jemand, der die Bindung würde ihn in seinem Sonderdienst lahm legen.

Herr Dr. Wagner, woher haben Sie die Kenntnis, daß Sie schreiben können, wohlmeinende Schichten des Kleinbürgertums und der mittleren Schichten stehen im wesentlichen hinter dem „Christl.-sozialen Volksdienst“? Zunächst lehnt der Volksdienst es ganz entschieden ab, diese Bezeichnungen aus einer überkommenen Zeit noch weiter zu gebrauchen. Gerade weil er es mit der Bezeichnung „Christlich“ so ernst meint, sucht er von solchen Bezeichnungen frei zu werden, darum zu kämpfen, daß wir zu einer neuen Volksgemeinschaft kommen, in welcher es solche Gegenstände, die ja doch letzten Endes sich hinter solchen Bezeichnungen verbergen, nicht mehr gibt. Wir kämpfen darum, daß vornehm und gering, gebildet und ungebildet, akademisch und nicht-akademisch verschwindet

Sie fielen auf ihrem Posten.

Den Missionaren Sven Skallsjö und Dr. Theodor Ohlén, von der schwedischen Mongolenmission, die im letzten Winter kurz nach einander an Paratypus auf der Station Gultjagan in der chinesischen Provinz Chahar starben, hat Dr. Sven Hedén von Peking aus einen hübschen Nachruf in „Dagens Nyheter“ gewidmet:

Bei hartem nordwestlichem Wind und heißendem Frost fuhr am 14. November 8½ Uhr abends an der kleinen Treppe vor, die zur Wohnung der Gultjagan-Missionäre führt. Wir wurden von einer ganzen kleinen schwedischen Kolonie herzlich empfangen. Herr und Frau Skallsjö und ihren drei kleinen Kindern, die gerade zu Bett sollten, Dr. Theodor Ohlén und Fräulein Dagny Hansson.

Wir wurden in das Wohnzimmer gebeten, entledigten uns unserer eisbedeckten Pelze und ließen uns um den runden Tisch unter der Lampe nieder. Wir tauchten in der behaglichen Wärme auf, die nicht nur vom Kamin ausströmte, sondern auch ganz besonders von der Atmosphäre der Freundschaft und Gastlichkeit, die uns umgab. Ich konnte nicht anders als um Entschuldigung bitten, daß wir zu so später Stunde ankamen; und ich machte den Vorschlag, daß wir selbst für unseren Abendimbiss sorgten. Aber davon wollten die Damen der Station nichts wissen. Frau Skallsjö war bereits in der Küche; und es dauerte nicht lange, da war der Tisch gedeckt, und ein paar einfache, kräftige und wohlgeschmeckende Gerichte wurden zu Kaffee und Tee gereicht.

Wir hatten einen unvergeßlichen, traulichen und interessanten Abend. Die Missionäre erzählten vom Hochland, von den Nomaden und deren Leben und von ihrer eigenen Tätigkeit unter ihnen. Sie sind wundervoll, diese Apostel, die für ihren Glauben gerne in den Tod gehen. Wie schwer, aufreibend und hoffnungslos scheint ihre Aufgabe nicht zu sein! Wie erfüllt von lichten Hoffnungen für die Zukunft und wie überzeugt von dem endlichen Siege sind sie nicht selbst! Sie werden von einer höheren Macht getragen. Wir bewundern ihre Liebe, Geduld und Treue, wir freuen uns über ihren Erfolg und verstehen, daß wir in ihrem Hause auf heiligem Boden sind.

Aber der Abend war vorbei, und es wurde Zeit, zur Ruhe zu gehen. Sechs kleine weiße Häuser befinden sich

auf der Station Gultjagan. In dem einen von diesen wohnte Dr. Ohlén. Es war ein warmes und freundliches Zimmerlein, das Feuer knisterte im Kamin, und der Mond schien durchs Fenster. Wir schliefen, ohne zu ahnen, daß die Trauer auf unseren Spuren dieses Haus besuchen würde, das so anspruchslos und so ganz von Menschenliebe und Treue geheiligt war.

Am nächsten Morgen besichtigten wir die Krankenabteilung, die Apotheke, das Empfangszimmer mit seinem Operationstisch, nicht völlig modern, aber gut genug für grobhäutige Mongolen und für seinen Zweck ausgezeichnet geeignet, obwohl es weit entfernt von den Brennpunkten der Zivilisation angefertigt ist. Wir guckten in die photographische Dunkelkammer des Dr. Ohlén hinein, sahen das Krankenzimmer mit seinen sechs Betten sowie die Schule, die auch als Kirche dient. Mit unbedeutenden Mitteln haben die fleißigen, tatkräftigen und glaubensgewissen Missionäre bewundernswürdige Erfolge erzielt. Man merkt, mit welcher Liebe und Umsicht sie ihre Arbeit anlegen, auszufüllen und verbessern und mit welcher Tatkraft sie den Kampf führen gegen verheerende Krankheiten, gegen Armut und die Forderungen, welche in einem strengen und barschen Klima an ihre eigene Ausdauer gestellt werden.

Es sind jetzt drei Monate vergangen, seit wir dort waren. Damals herrschte ein lebendiges Treiben in Gultjagan; die christliche und medizinische Liebestätigkeit war in vollem Gange. Herr Skallsjö sollte gerade nach Dolonor reiten, um Wintervorrat zu beschaffen. Reiter kamen und banden ihre Pferde an und ritten wieder davon. Kranke wurden zur Behandlung gebracht. Ein jeder hatte seine Arbeitslast zu tragen; und wir sahen die Station in hellen, winterweißen Tagen.

Jetzt kann ich nicht an Gultjagan denken, ohne es auf dem dunklen Hintergrunde finsterner, heulender Schneestürme zu sehen. Ich sehe zwei Frauen, die mit eiligen Schritten von dem einen Krankenbett zum anderen hasten. Sie sind vom Nachtwachen erschöpft; ihre Züge sind ausgezehrt und von Angst und Unruhe gekennzeichnet. Eines Tages wird es still. Ein mongolischer Zimmermann erscheint mit einigen Brettern, während zwei andere Männer in der hartgefrorenen Erde mühsam ein Grab schaufeln. Wieder ein Tag, und der einfache ungestrichene

Sarg wird von Mongolen hinausgetragen, um in die fremde Erde gesenkt zu werden. Eine Frau liebt die schwedischen Sterbegebete und wieder und übergibt den treuen Arbeiter in die Hände des Meisters. Es folgen arbeitsreiche Tage. Die eine Frau ist verweint. Sie hat ihren Mann und die Stütze ihrer Kinder verloren. Als die Stille wieder eintritt, ist sie tiefer als früher. Am Tage darauf ist der Zimmermann wieder in Tätigkeit. Ein neuer Sarg wird gezimmert, und ein Grab öffnet sich in der mongolischen Erde. Und wiederum klingen die Begräbnislieder durch die Winterkälte. Und mit Ergebung in den Willen des Herrn liebt eine tapferere Frau ohne Erröten der Stimme: „Der Herr hat's gegeben, der Herr hat's genommen, der Name des Herrn sei gelobt!“

Als die Kollegen von den Nachbarstationen abgereist waren, waren die beiden Frauen allein mit den Kindern, deren jetzt vier waren; eins war vor einem Monat zur Welt gekommen. — Und vergebens stellt man die alte Frage: Warum mußten gerade diese, die selbstlosesten und aufopferndsten Menschen auf Erden, von einem so fürchterlichen Schicksal getroffen werden, während wir, die wir lediglich an uns selbst denken, frei herausgehen?

Während das Leben in der ehemaligen Hauptstadt (Peking) seinen gewohnten Lauf nahm wie der Widerschein eines Vulkans und der Widerhall einer entschundenen Größe, hüllte der Schneesturm, begleitet vom Geheul der Wölfe, seine weißen Schleier um eine kleine schwedische Missionsstation droben auf der mongolischen Hochebene. Da drinnen saßen zwei Frauen um die Lampe herum, die letzten der tapfer kämpfenden Besetzung der schwedischen Mongolenmission; sie hielten die Schanze Gultjagan. Sie fühlten sich gleichsam versunken in ein Meer von unergründlichen, tiefen Rätseln. Aber vergessen sind sie nicht von ihren Landsleuten: eines Tages wird Hilfe aus Schweden kommen.

In kalten, klaren Winter Nächten schimmern die Sterne in unvergleichlichem Glanz über den einsamen Grabbühl, welche den Staub zweier schwedischer Märtyrer, die auf ihrem Posten fielen und für ihren Glauben starben, decken.

Gefegnet und geehrt wird ihr Andenken in späte Zeiten fortleben!

P. S. W.

und bei allen tatf. christlicher Grundlag.

Und noch ein. über steht hinter Volksdienst zu förm Grund, das mindest fürchten — daß heu tische Blocks unter punkten zu gründen. Dazu hat der V macht. Wohl aber vor Gott verpflichtet nicht täuschen! Gew wirtschaftlichen un Lösung des Klassen es geht um viel ein wenig über den ung kaum erwehrt ginn des komme Kampf um das C der christlichen Sit der Zerlegung un am Werk. Der Ta christlich“ ist, sich muß.“ Wir fragen.

Volksdienst-Ruf ist Volksentscheid, Land herrschen sollt „Voll“, oder der fr jähmenisch? Was! Volkes Verhältniss nungen Gottes ob schen. „Volksdien schmerzt Gewisse auf Erden!“

Eckernförde

Gr

Remal Rajcha pr

Der türklische Bo in Lad Jalowa c Jomet Rajcha. R land und den t beend-re handel der Beziehungen lische Volksleiter

Die Wieder Beziehungen zw von dem Ausm liche Regierung

Die turklische Bo der einen Kreie hatte. Remal d und Beys der Sultanats nahege gefeje hätte t Sultan seien sic sie ihn als Obe über hätten sich bürger, sondern

Wann sich Schutzwinkeln das der in de alt sie nütze and die Waffen

Indien-S Wind-Horden Die englisch fängnis von sein. Die Füh gung, Garbhi Brief an den „daß die konse enalischen Arb

Indien als E Konferenz Un nion zu gewäh lönia und die vrischen, die übrigen zu u übernommen u Geang-nen be indische Füh indische Geme der Nichtzusa

Der von Angebot der in spricht von e einer „Wider darauf hinau Politik zu dist

I Frost, Verbannung le Gerächte über Macht haben in

arteien abge-
eg mit ver-
Bolschewist
ist vielmehr
wachsende Ge-
s folches der

Bolschewist
nennen, weil
uch dem Geg-
as ist für die
bliches. Ihr
Bolschewist
eisten durfte.
in solcher
ine Sendung
egung über-

Bisher war
on rein wirt-
nd. Parteien
mer völliger
chaftliche Ge-
Bindung an
dieser äußer-
immer lock-

Dingen auch
rt liegt: „Der
lbfähigkeit
ach tatsächlich
-siehe da —
kam nicht
glückung der
„Kassat uns
n ist wieder
ollen zunichte
ristl.-sozialen
nferem Volk
as sich mitten
allen Seiten
Bitten Gottes
unmühterne
rei von dem
r Art, der
n treuester
gen der Ge-
wir uns am
rsamen.

allen Seiten
Irgendwelche
lahm legen.
kenntnis, daß
en des Klein-
n im wesent-
dienst? Zu-
den ab, diese
noch weiter
Bezeichnung
chen Bezeich-
daß wir zu
welcher es
sich hinter
r gibt. Wir
gebildet und
verschwindet

um in die
est die schwe-
t den treuen
igen arbeits-
e hat ihren
en. Als die
r. Am Tage
tigkeit. Ein
öffnet sich ir-
gen die Be-
it Ergebnisse
rau ohne Er-
en, der Herr
lobt!“

nen abgereist
den Kindern.
Monat zur
man die alle
selbstlosesten
on einem so
ährend wir,
erausgehen?

Hauptstadt
der Wider-
t entscheidun-
tet vom Ge-
eine kleine
mongolischen
n die Lampe
tefegung der
die Schanze
nken in ein
der vergessenen
Tages wird

n die Sterne
nen Grabhü-
närtyrer, die
ben starben,

n späte Zeit
P. S. W.

und bei allen tatsächlichen Unterschieden auf wahrhaft
christlicher Grundlage der Bruderstand der Menschen uns
werde.

Und noch ein. In dem Artikel heißt es: „Vielleicht
aber steht hinter dem Willen, den „Christl.-sozialen
Bolschewist zu fördern, die Meinung und wir haben
Grund, das mindestens für einzelne Persönlichkeiten zu
fürchten — daß heute schon die Zeit gekommen sei, poli-
tische Blocks unter ausgesprochen kulturellen Gesicht-
punkten zu gründen... in Staat und Gesellschaft.“

Dazu hat der Volksdienst noch gar keinen Anlaß ge-
macht. Wohl aber fühlt er sich von Gott beauftragt und
vor Gott verpflichtet, ins Volk hineinzurufen: Laßt euch
nicht täuschen! Gewiß geht es um harte Wirklichkeiten im
wirtschaftlichen und politischen Leben, gewiß geht es um
Lösung des Klassenkampfes. Aber keine Täuschung —
es geht um viel mehr! Treitschke schrieb schon 1882: „Wer
ein wenig über den Tag hinausdenkt, wird sich der Ab-
nung kaum erwehren können, daß vielleicht schon im Be-
ginn des kommenden Jahrhunderts ein ungeheurer
Kampf um das Christentum selber, um alle Grundlagen
der christlichen Sitte ausbrechen mag. Gewaltige Kräfte
der Zersetzung und Verneinung sind überall in Europa
am Werk. Der Tag kann kommen, wo alles, was „noch
Christlich“ ist, sich unter einem Banner zusammenscharen
muß.“ Wir fragen, ist dieser Tag noch so unendlich ferne?

Volksdienst-Auf in diesem Wahlkampf lautet: Wahl
ist Volksentscheid, letzten Endes darüber, wer in Deutsch-
land herrschen soll, der da sagt „Ich bin der Herr, dein
Vater“, oder der freie, selbständige, ungebundene, „deutsche
Mensch“? Wahl ist Volksentscheid darüber, ob unseres
Volkes Verhältnisse geordnet werden sollen nach den Ord-
nungen Gottes oder nach den Ordnungen des Jähmens-
schens. „Volksdienst“ ruft: Wählt so, daß man mit unbe-
schwermtem Gewissen beten kann: Dein Wille geschehe auch
auf Erden!“

Edernförde

S. Matthiesen.

Friede im Ararat?

Kemal Pascha prüft die Lage. — Presseempfang beim
türkischen Votschafter.

— Konstantinopel, 20. August.

Der türkische Staatspräsident Kemal Pascha hatte
in Ad Jalaowa eine Konferenz mit dem Außenminister
Zomet Pascha. Verhandelt wurde über den Kurdenauf-
stand und den türkischen Einmarsch in Persien. Ins-
besondere handelte es sich um die weitere Gestaltung
der Beziehungen zu Persien, nachdem der neue tür-
kische Votschafter sein Amt in Teheran angetreten hat.

Die Wiederherstellung der alten freundschaftlichen
Beziehungen zwischen der Türkei und Persien hängt
von dem Ausmaß der Forderungen ab, die die tür-
kische Regierung stellen wird. Für die Abtretung der
abhängigen des Ararat-Gebirges dürfte Persien
zu gewinnen sein, sofern die Türkei dafür einen
gleichwertigen Bezirk türkischen Landes an Persien ab-
gibt. Wenn die Türkei darüber hinaus aber den gan-
zen Bezirk um die persische Stadt Masu verlangen
sollte, wie es der türkische Generalstab möchte, dann
dürfte eine gütliche Einigung kaum möglich sein.

Mit den Kämpfen am Ararat beschäftigte sich auch
der türkische Votschafter in Berlin, Kemaleddin Pascha,
der einen Kreis von Pressevertretern zu sich geladen
hatte. Kemaleddin Pascha führte aus, die Schicksal
und Weis der Kurden seien während der Zeit des
Sultanats nahezu selbständig gewesen; die Staats-
gesetze hätten vor ihnen halt gemacht. Dem
Sultan seien sie nur insoweit verpflichtet gewesen, als
sie ihn als Oberhaupt anerkannt hätten. Im übrigen
aber hätten sich die Kurden nicht als türkische Staats-
bürger, sondern als Elaven ihrer Ständesgroßen ge-
füßt. Der neue türkische Staat habe den Fortbestand
dieser Verhältnisse nicht dulden können. Er habe ver-
sucht, die Kurden daran zu gewöhnen, daß sie tür-
kische Staatsbürger seien, und nun sei es notwendig,
ein für allemal dem Guerillakrieg im Grenzgebiet
ein Ende zu machen. Eroberungspläne gegenüber Per-
sien beständen nicht; auch sei nicht anzunehmen, daß
Persien die Kurden aktiv unterstützen werde. Jetzt seien die
Rebellen von türkischen Truppen umzingelt.

Wenn sich die Kurden vorerst auch noch in ihren
Schlafstätten im Gebirge verborgen hielten, so werde
doch der in den nächsten Monaten einziehende Schnee
sie nötigen, aus ihrem Versteck hervorzukommen
und die Waffen zu strecken.

Indien-Rompromi? gescheitert?

Wind-Veränderungen Gandhis. — London winkt ab.

Die englisch-indischen Friedenskonferenzen im Ge-
fängnis von Poona scheinen vergeblich gewesen zu
sein. Die Führer der indischen Unabhängigkeitsbewe-
gung, Gandhi und Nehru, erkennen zwar in einem
Brief an den englischen Botschafter von Indien an,
„daß die konföderative und liberale Opposition es der
englischen Arbeiterregierung unmöglich machen könnte,
Indien als Ergebnis der geplanten englisch-indischen
Konferenz Unabhängigkeit und den Rang eines Domi-
nion zu gewähren“; sie verlangen aber, daß der Bots-
chafter, diese Politik am Konferenzort offiziell zu ver-
stärken, diese Politik am Konferenzort offiziell zu ver-
stärken zu machen. Wenn eine solche Verpflichtung
übernommen und durch die Freilassung aller politischen
Gefangenen bekräftigt werden würde, dann würden die
indischen Führer bereit sein, die jetzt im Gang be-
findliche Bewegung des Boykotts britischer Waren und
der Nichtzusammenarbeit mit England einzustellen.

Der Londoner „Daily Telegraph“ weist dieses
Angebot der indischen Führer scharf zurück. Das Blatt
spricht von einem „Ultimatum Gandhis“ und von
einer „Widerholung unsinniger Forderungen“, die
darauf hinauslaufen, der englischen Regierung ihre
Politik zu diktieren.

Der Prokt, der auf der türkischen Insel Smyrna in der
Verbanung lebt, will dort auch fernherhin verbleiben. Die
Gerüchte über Einigungsverhandlungen Prokts mit den
Machhabern in Moskau sollen unzutreffend sein.

Polen provoziert weiter.

Marisch der Aufständischen an die Oder. — Die
Wojewoden heken gegen Deutschland.

— Kattowitz, 20. August.

Der diesjährige Marisch der polnischen Aufstän-
dischen an die Oder, der — wie es auch in den Vor-
jahren schon üblich war — mit öffentlichen Geldern
finanziert worden ist, gestaltete sich zu einer schlimmen
Provokation und zu einer Kundgebung für die An-
gliederung deutscher Landesteile an Polen. In Olsa,
am Endpunkt des Marisches, begrüßte der Protektor der
ehemaligen Aufständischen, der Wojewode Gracinski,
der höchste Beamte Oberschlesiens, die Verbände.

Gracinski führte aus, „weit über die Grenzen des
polnischen Staates hinaus schlage ein polnisches Herz.“
Das Gesicht der Aufständischen müsse nach Westen gerichtet
sein (1), nach Opolen, in dessen Nähe sich ein Grabhügel
an den anderen reihe, den Sarg eines Aufständischen
bedeckend. Erneut strede sich „Feindeshand aus nach dem
heiligen Vaterland“, das von den Aufständischen unter Ein-
satz des Lebens wiederholt gesichert worden sei. Er wieder-
hole das Wort des Generals Rydz-Adam, nach dem hinter
jedem Kubit polnischen Bodens die Armee und die
ganze Nation stehe.

Das ist eine derart herausfordernde Rede, daß
Gracinski, auch wenn man von ihm allerhand ge-
wohnt ist, damit als Leiter der Verwaltung in O-
berschlesien unmöglich geworden ist! Gracinski ist
ein wilder Fanatiker und ein Deutschenfeind, den der
Hatz blind gemacht hat für klare Tatsachen. Das „pol-
nische Herz“ schlägt nicht weit über die polnischen
Grenzen hinaus, vielmehr sind die polnischen Grenzen
so weit in deutsche, russische und litauische Gebiete vor-
gedrungen worden, daß dieser Rand Europa wird nie-
mals zur Ruhe kommen lassen. Niemand will Warschau

polnisches Land entreißen, umgekehrt ist aber auch kein
Volk bereit, auf Gebiete zu verzichten, auf die Polen
keinen Anspruch hat. Wenn die Aufständischen ange-
sichts dieser Situation aufgefordert werden, das „Ge-
sicht nach Westen zu richten“, dann ist das eine Er-
munterung zu neuen Gewalttaten.

Nicht minder wütend verlief eine polnische Kund-
gebung in Johannisdorf, zu der die Demon-
stranten von weit her unter Gewährleistung freier Fahrt
und freier Verpflegung herangeholt waren. In den
Aufrufen für diese Kundgebung war davon die Rede,
daß man „den Deutschen eine Lektion erteilen müsse“. Die
Schilder, die die Demonstranten mit sich führten,
forderten den Anschluß Masurens, Ermlands und des
Marienburger Landes an das „Vaterland“. Der Wo-
jewode von Pommern, Lamot, der als Festredner
fungierte, versiegte sogar dazu, von einem „jähne-
fletschenden Nachbarn“ zu sprechen.

Der Ton, auf den die Heßreden der Wojewoden
abgestimmt sind, ist im großen und ganzen der gleiche,
der auch die innerpolitischen Auseinandersetzungen in
Polen kennzeichnet. Wie bisher, mögen die Polen ihre
innerpolitischen Gegner auch in Zukunft als ausge-
machte Schurken behandeln, denn anscheinend erfreut
sich der Cassinton in Polen einer ständig wachsenden
Beliebtheit. Wenn sich polnische Regierungsbeamte
aber auf außenpolitisches Gebiet begeben und
wenn sie hierbei zu Gewalttaten aufregen, dann ist
das ein Vorgang, der nicht gebuldet werden kann.
Kriegsdrohungen sind Polen nicht gefallt; denn War-
schau hat nichts zu fordern, sondern es hat etwas
herauszugeben!

Der Wahlkampf.

Neue Einigungsverhandlungen.

Zusammenarbeit der Konservativen, der Volks- und der
Wirtschaftspartei.

Reichsminister Treitschke, einer der führenden
Männer der konservativen Volkspartei, der Vorsitzende
der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz und Abg. Sach-
senberg von der Wirtschaftspartei haben sich grundsätz-
lich auf einen Burgfrieden ihrer Parteien im Wahl-
kampf und im neuen Reichstag geeinigt.

In einem gemeinsamen Wahlauftritt soll der Be-
reitschaft zur Zusammenarbeit in der Außen- und
Innenpolitik Ausdruck gegeben werden. Ueber die Form
dieser Zusammenarbeit sind Beschlüsse noch nicht gefaßt
worden. Die Bildung einer gemeinsamen Fraktion
ist dem Vernehmen nach nicht beabsichtigt, wohl aber
will man einen gemeinsamen interfraktionellen Aus-
schuß einsetzen, um sich über das Vorgehen der drei
Fraktionen zu verständigen. Ueber die Formulierung
des Wahlauftritts wird noch verhandelt.

Wie verlautet, soll auch mit der Deutschen Staats-
partei erneut Fühlung genommen werden.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei ist
für kommenden Sonntag zu einer neuen Sitzung nach
Berlin einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht
die Entgegennahme eines Berichts des Parteivor-
sitzenden.

Verkleinerung des Reichstaats?

Prüfung der Wahlrechtsvorlage durch das Reichs-
kabinett.

Unter dem Vorsitz des Reichskanzlers befaßte sich
das Reichskabinett am Dienstag in eingehender erster
Beratung mit den Vorarbeiten für die Wahlrechts-
reform und den Finanzausgleich. Minister Dietrich
berichtete über die Vorbereitung des Finanzausgleichs.
Die Kabinettsitzung zog sich bis in die späten Abend-
stunden hin; in den nächsten Tagen werden die Ver-
handlungen fortgesetzt werden.

Die Grundzüge der Wahlrechtsreform sind bereits
bekannt. Im wesentlichen handelt es sich um die Ver-
kleinerung der Wahlkreise und die Einfügung einer
Bestimmung, nach der in Zukunft außer den Parteien
sich auch Einzelpersonlichkeiten um Reichstagsmandate
bewerben können. Statt bisher 35 soll es in Zukunft
162 Wahlkreise mit durchschnittlich 250 000 Stimmberechtigten — aufsummiert in 32 Wahlverbänden
und 12 Ländergruppen — geben. Reichstimmern der
Wahlkreise sollen statt auf der Reichsliste, die wegfällt
soll, in den Wahlkreisverbänden und Ländergruppen
verrechnet werden. Die Zahl der Stimmen, die für ein
Reichstagsmandat erforderlich ist, soll von 60 000 auf
70 000 erhöht werden, so daß als Folge davon der
Reichstag um 50 bis 60 Abgeordnete verkleinert wer-
den würde. Die Geltungsdauer des neuen Wahlgesetzes
soll auf 12 Jahre beschränkt werden.

Ueber die Ausföchten dieser Reform ist zu sagen,
daß das neue Wahlrechtsgesetz zunächst vom Kabinett
verabschiedet werden muß. Alsdann hätte der Reichs-
tag selbst Stellung zu nehmen. Welche endgültige Ge-
stalt das Wahlreformgesetz im weiteren Verlauf der
Verhandlungen erhalten wird, ist im Augenblick noch
völlig ungewiß.

Branntweinverbot am Wahltag.

Von Preußen erlassen. — Außerdem darf die Polizei-
künde vorverlegt werden.

— Berlin, 20. August.

Wie amtlich mitgeteilt wird, enthält die nächste
Ausgabe der Preussischen Gesetzessammlung eine vom
preussischen Innenminister erlassene Bekanntmachung,
darauf die für den Wahltag des Landes Preußen anläß-
lich der Wahlen zum Reichstag der Ausfuhr von
Branntwein und der Kleinhandel mit Trintbrannt-
wein für Sonntag, den 14. September 1930 verboten
wird. Das Verbot des Kleinhandels mit Trintbrannt-
wein trifft auch den Fall, daß dieser in verschlossenen
oder versiegelten Flaschen abgegeben wird.

Der Minister hat alle Polizeibehörden ersucht,
die Anhaltung dieser Vorschriften auf das strengste
zu überwachen. Sofern an einzelnen Orten Tatsachen
die Annahme rechtfertigen, daß durch den Ausschank
von sonstigen geistigen Getränken am Sonntag, den
14. September 1930 in den Abendstunden eine Ge-
fährdung der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung ein-
tritt, ist es den Ortspolizeibehörden freigestellt, einen
früheren Beginn der Polizeistunde festzusetzen.

Kandidatenlisten und Wahlauftrufe.

Die ersten abgeschlossenen Kandidatenlisten für
die Reichstagswahl liegen nunmehr von der Deutsch-
nationalen Volkspartei und von den Sozialdemokra-
ten vor. Bei den Deutschen Nationalen ist der Par-
teiführer Geheimrat Dr. Hugenberg viermal Spitzen-
kandidat.

Im übrigen kandidieren in Ostpreußen **Edenburger-
Jannitsch**, in Pommern Reichsminister a. D. **Herz**, in
Berlin **Laverenz** und Dr. **Verndt**, in Potsdam **L. Guts-
beger** **Stubbendorf**, in Potsdam **L. Landtagsabgeordneter**
Steinhoff, in Breslau **Freitagsh-Foringhoven**, in Thürin-
gen **Landgerichtsdirektor Gäß**, in Schleswig-Holstein Dr.
Verföhren, in Hannover-Ost **Hauptmann a. D. Schmidt**,
in Koblenz-Erler Dr. **Schahn**, in Mecklenburg Dr. **Ever-
ling**, in Hamburg **Direktor Göt**, in Dresden-Baugen Dr.
Baug. Als neue Männer sind u. a. aufgestellt: Hof-
prediger **Doehring** (Chemnitz-Weiden), **Schleier-Naumburg**
(Merseburg) und **Steuer** (Hessen-Rassau).

Auf der sozialdemokratischen Liste kandidieren
in Ostpreußen der preussische Ministerpräsident **Braun**, in
Berlin **Crispien**, in Potsdam **L. Bissel** und **Freitheid**, in
Frankfurt a. M. Dr. **O. D. der Parteivorstande Weiss**, in Mag-
deburg **Weims**, in Westfalen-Nord der frühere Reichsinnen-
minister **Severing** und in Franken **Reichstanzler a. D. Der-
mann Müller**.

Die Reichsliste des Zentrums wird geführt von
Reichstanzler Dr. **Bräuning** und dem Parteiführer
Kaas. Die nächsten Stellen nehmen ein: Reichs-
tanzler a. D. **Marz**, Reichsinnenminister Dr. **Wirth**,
Bürgers-Köln, **Oberlehrer Hoffmann-Ludwigshafen**,
Wagmann, der Großindustrielle **Köln**, **Franklin**
Beerenboom-Düsseldorf und der Vorsitzende des Reichs-
ausschusses der Zentrumsjugend **Winkler-Köln**.

Von der konservativen Volkspartei
liegt ein Wahlauftritt vor, in dem es heißt: „Wir drin-
gen auf eine Revision der Tribulationen; auf
die Wiedergutmachung der ungerechten Grenzziehung
im Osten, Abstimmungsrecht für Eupen-Malm dy
und auf die Rückgabe des deutschen Saargebietes unter
deutsche Reichshoheit. Wir fordern Abstützung der
Siegerstaaten zur Herstellung der Rüstungsgleichheit,
Gleichberechtigung des Deutschen Reiches im Kreise der
Völker, Befreiung von jedem moralischen Makel, Pflege
der wirtschaftlichen und kulturellen Verbundenheit mit
den deutschen Volksgruppen außerhalb der Reichs-
grenzen.“

Aus der Wahlbewegung.

An alle! Evangelische Wähler und Wählerinnen!

Im letzten Reichstage saßen unter 494 Abgeordneten
177 Evangelische, 114 Katholiken und ein Mennonit. 202
Abgeordnete waren Nichtchristen. Noch aber
gehören 90 v. H. aller Deutschen zum Christentum. Wer
hat die 202 gewählt? Ihr!

Oder habt Ihr gar nicht gewählt? Dann seid Ihr eben-
so mitschuldig!

Im letzten Reichstag war keine Mehrheit für ein
Reichsschulgesetz, das endlich — nach 12 Jahren —
evangelischen Kindern auch die evangelische Schule gestel-
tert hätte. „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“, aber
diese Fragen des Geistes und der Seele sind im Reichs-
tag stets in den Hintergrund gedrängt worden. „Was aber
hülfe es dem Menschen — —“ Rußlands Christenver-
folgungen und die gottlose Jugend, die zu Zehn-
tausenden unter uns aufwächst — sie mahnen uns, daß

Von der Auf den Wissenschaften mehr und mehr Ausdruck, das vor weiteren „sche“ und „den wird. Die Leserschaft ist rissen geseh Spanss das. In jüngst folgte er wi wissenschaftl staatlichen Schicksal u dankengänge lichkeit d ten, erschöpf lichen Ablauf deihen nie find, sondern stig-sittliche dere die se dem Elternp Kindes von schung eines jungen Gele nen Glaubens Kernstück de len Begeben lichen Werde wissenschaftl men nach d find nur Al Futtertrag u Ueberbau ü sächlichkeiten Einzelnen u bände Mar allem die I „individuali fellschaft, die der „Aufkla men hat. T ren Gesellsch mer tiefer i hinein. So neuen, aller schöpfenden ben wird, Festigung d schaftsleben. Die heu Auffassung zeugung au zeitlich und der Staat d zes, genügt eigener Les Einzelweser Verbandes, der Kirche. teriell-wirt Glieder auf von denen finden erla ein entgegen Philosophie individuali zu denken, seiende. Jeder Ver der Sta n n zu ga Sinnbild d deren Men ten, die V